

Grundwissen Geschichte 8. Klasse

Die Französische Revolution und Europa

Begriff/Zeit	Erklärung
Aufklärung	Europäische Denkrichtung im 17./18. Jahrhundert, derzufolge alles, was die Menschen glauben und tun, nur dann gelten darf, wenn es vor der menschlichen Vernunft bestehen kann (Kant: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“). Dies führt zu Kritik an traditionellen Ansichten und Zuständen, wie sie vom absolutistischen Staat, Teilen der Gesellschaft und den Kirchen vertreten wurden.
Menschenrechte	Aus der Aufklärung hervorgehende Überzeugung, dass <i>jedem</i> Menschen von Natur aus unveränderliche Rechte zustehen, die vom Staat geachtet und geschützt werden müssen (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Eigentum, freie Meinungsäußerung, Glauben etc.).
Verfassung	Bestimmt die grundlegende Ordnung eines Staates, die Rechte und Pflichten der Bürger und die Aufgaben der Staatsorgane.
Volkssouveränität	Nach dem Grundsatz „Alle Macht geht vom Volke aus“ bestimmt das Volk als Zusammenschluss freier Bürger seine Regierungsform selbst und übt die Herrschaft zumeist über gewählte Vertreter aus.
Gewaltenteilung	Trennung der Staatsgewalt in gesetzgebende Gewalt (= Legislative: Parlament), ausführende Gewalt (= Exekutive: Regierung/Verwaltung) und richterliche Gewalt (= Judikative: Richter) zur Vermeidung des Missbrauchs dieser Macht.
Bürgertum	Ab dem 18. Jahrhundert Angehörige einer durch Besitz, Bildung und Einstellungen gekennzeichneten Schicht, die sich von Adel, Klerus und Bauern und Arbeitern abhebt und zunehmend Gleichberechtigung mit Adel und Klerus fordert.
Beginn der Französischen Revolution 14.7.1789	Sturm auf die Bastille in Paris; die Revolution führt u.a. zur Beseitigung der Privilegien von Adel und Klerus, der Ausarbeitung einer Verfassung mit der Garantie der Menschenrechte und der vorübergehenden Abschaffung der Monarchie.
Nation	Menschen, die sich durch gemeinsame Sprache, Kultur oder Geschichte verbunden fühlen und auf dieser Grundlage eine politische Gemeinschaft anstreben.
Nationalversammlung	Gewählte Volksvertretung, die zur Ausarbeitung einer Verfassung zusammentritt.
Kaisertum Napoleons	Höhepunkt der Herrschaft Napoleons über Frankreich, der sich 1804 selbst zum Kaiser krönt. Er befriedigt das Bedürfnis der Franzosen nach Ordnung und der Sicherung der Errungenschaften der Revolution und unterwirft fast ganz Europa, wird aber nach militärischen Niederlagen 1814/15 abgesetzt und verbannt.
Code civil	Französisches Gesetzbuch von 1804, nach seinem Auftraggeber auch „Code Napoléon“ genannt, das wichtige Errungenschaften der Revolution (Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz u.a.) verankert.
Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806	Niederlegung der deutschen Kaiserkrone durch Franz II. infolge des Austritts der meisten deutschen Fürsten aus dem Reich, die sich als Verbündete Napoleons zum „Rheinbund“ zusammenschließen.
Montgelas	Wichtigster Berater und Staatsminister des Kurfürsten und späteren Königs Max Josef, der als Verantwortlicher für die inneren Reformen (Justiz, Verwaltung, Bildung u.a.) die Voraussetzungen für ein geschlossenes und einheitliches Bayern schafft.

Restauration und Revolution in Europa

Begriff/Zeit	Erklärung
Nationalismus	Gefühl der Zusammengehörigkeit der Angehörigen einer Nation aufgrund bestimmter Gemeinsamkeiten (s.o.), das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für viele Nationen (Deutsche, Italiener, Polen u.a.) zu einer politischen Bewegung mit dem Ziel eines gemeinsamen Staates wird. Der Begriff kann auch ein übersteigertes Nationalgefühl bezeichnen.
Wiener Kongress 1815	Konferenz europäischer Fürsten und Staatsmänner, um die politische Ordnung Europas nach Napoleons Sturz zu beraten. Ihre Beschlüsse werden von den Prinzipien der Restauration (weitgehende Wiederherstellung der politischen Verhältnisse vor 1789), der Legitimität (Rechtmäßigkeit des fürstlichen Herrschaftsanspruchs) und der Solidarität (gegenseitige Unterstützung der Fürsten gegen revolutionäre Bestrebungen) bestimmt.
Deutscher Bund	Auf dem Wiener Kongress gebildeter deutscher Staatenbund von 35 souveränen Fürsten und vier freien Städten mit dem Sitz des Bundestages, des obersten Beschlussorgans, in Frankfurt/Main. Den Vorsitz hat Österreich inne.
Liberalismus	Aus der Aufklärung hervorgehende politische Bewegung im 19. Jahrhundert, die gegen die staatliche Bevormundung für die Freiheitsrechte des Einzelnen eintritt. Sie fordert vor allem eine geschriebene Verfassung und die politische Beteiligung des Bürgertums in gewählten Parlamenten.
Hambacher Fest 1832	Fest zu Ehren der bayerischen Verfassung, das zu einer politischen Demonstration für einen Nationalstaat und Freiheitsrechte wird.
Revolution in Deutschland 1848/49	Revolutionäre Unruhen in vielen deutschen Einzelstaaten, die zur Bildung von liberalen „Märzministerien“ und der Einberufung einer Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche führen. Diese arbeitet eine neue Verfassung für ein einheitliches deutsches Reich aus (Grundrechte, allgemeines Wahlrecht, kleindeutsche Lösung, konstitutionelle Monarchie), die aber nie in Kraft tritt, weil vor allem in Preußen und Österreich die restaurativen Kräfte wieder die Oberhand gewinnen.

Industrialisierung und Soziale Frage

Begriff/Zeit	Erklärung
Industrielle Revolution	Tiefgreifende technische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen im 18. (England) und 19. Jahrhundert (restliches Europa) infolge wichtiger neuer Erfindungen in England (mechanischer Webstuhl, Dampfmaschine, Dampflokomotive), die den Übergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit einleiten. Folgen sind u.a. die Arbeitsteilung, die kostengünstige Massenproduktion in Fabriken und der schnelle Transport von Waren und Menschen, aber auch die Ausbeutung der Arbeiter (s.u.).
Sozialismus	Politische Bewegung im 19. Jahrhundert mit dem Ziel sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit, bei der an die Stelle des Privateigentums an Produktionsmitteln (Maschinen, Fabriken etc.) das Volkseigentum tritt.
Soziale Frage	Wirtschaftliche und soziale Notlage der Arbeiter infolge der Industrialisierung (unsichere Arbeitsplätze, häufige Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, überlange Arbeitszeiten, fehlende soziale Sicherung, Wohnungselend).
Arbeiterbewegung	Organisation der Arbeiterschaft in Gewerkschaften und Arbeiterparteien zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage.

Deutsches Kaiserreich

Bismarck	Bestimmt als Ministerpräsident (1862-1890) die Politik Preußens und als Reichskanzler (1871-1890) die des Deutschen Reichs. Seine Politik führt zur Reichsgründung; innenpolitisch bekämpft er das Zentrum (Kulturkampf) und die SPD (Sozialistengesetz), außenpolitisch sichert er durch sein Bündnissystem den europäischen Frieden.
Reichsgründung 1871	Während des Deutsch-Französischen Krieges wird das Deutsche Reich im Spiegelsaal von Versailles durch die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum deutschen Kaiser gegründet.
Deutsches Kaiserreich	Bestand von 1871 bis 1918.
Reichstag	Das Parlament des Kaiserreichs (und der Weimarer Republik), dessen Abgeordnete durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Mehrheitswahlrecht von Männern über 25 Jahren gewählt werden. Der Reichstag ist für die Gesetzgebung und den Staatshaushalt zuständig, hat bis 1919 aber eine schwache Stellung, weil die Regierung ihm gegenüber nicht verantwortlich ist.
Parteien	Organisierte Zusammenschlüsse von politisch gleichgesinnten Bürgern, die Einfluss auf die Gestaltung des Staates nehmen wollen.
Kulturkampf	Die von Bismarck und den Liberalen geführte Auseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche, deren Einfluss zurückgedrängt werden soll.
Sozialistengesetz	Von Bismarck 1878 durchgesetztes Gesetz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, das Vereine, Versammlungen, Druckschriften etc. verbietet, aber nicht die Partei selbst. Es wird 1890 aufgehoben.
Sozialgesetzgebung	Von Bismarck eingeführte Gesetze zur Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, mit deren Hilfe er die Arbeiter von der Sozialdemokratie fernhalten will. Mit ihnen beginnt die moderne staatliche Sozialpolitik.

Imperialismus und Erster Weltkrieg

Begriff/Zeit	Erklärung
Imperialismus	Streben eines Staates, seine Herrschaft auf andere Länder und Völker auf direkte (Besetzung) oder indirekte Weise (Kontrolle der Regierung, wirtschaftliche Einflussnahme) auszudehnen. Die Epoche des Imperialismus dauert von 1880 bis 1918.
Wilhelm II. 1888-1918	Letzter deutscher Kaiser, der die deutsche Politik im Zeitalter des Imperialismus maßgeblich bestimmt. Seine forsches Auftreten nach außen („Säbelrasseln“) trägt mit zur Entstehung des Ersten Weltkrieges bei.
Attentat von Sarajewo 28.6.1914	Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, die zum Auslöser des Ersten Weltkrieges wird.
Erster Weltkrieg 1914-1918	Auseinandersetzung zwischen der Entente (Großbritannien, Frankreich, bis 1917 Russland, ab 1917 USA, u.a.) und den Mittelmächten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich u.a.) infolge machtpolitischer Gegensätze und Interessenskonflikte, die mit dem Sieg der Entente endet. Erstmals treten Millionenheere mit neuartigen Waffen (Panzer, U-Boote, Luftwaffe, Giftgas etc.) gegeneinander an; die Zahl der Opfer erreicht völlig neue Dimensionen (ca. 10 Mio. Tote).
Russische Revolution 1917	Umwälzung der politischen Verhältnisse in Russland, die erst zur Abdankung des Zaren, der Errichtung einer Republik und der Bildung einer bürgerlichen Regierung führt (Februarrevolution), auf die dann der Sturz der Regierung und die Herrschaft der Bolschewiki (= Kommunisten) unter Lenin folgen (Oktoberrevolution).
Lenin	Russischer Revolutionär und Politiker, unter dessen Führung die Oktoberrevolution durchgeführt wird.

Völkerbund	1920 gegründete Staatenvereinigung zur Sicherung des Weltfriedens und der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit, deren Wirksamkeit aber gering ist. 1946 wird der Völkerbund mit der Gründung der UNO aufgelöst.
Vertrag von Versailles 1919	Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten, der Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuschreibt, ihm Gebietsabtretungen und Reparationszahlungen auferlegt und von der Mehrzahl der Deutschen als ungerecht empfunden wird.

Weimarer Republik

Begriff/Zeit	Erklärung
Novemberrevolution 1918	In Deutschland ausgebrochene Aufstände, die zum Sturz der Monarchie und zur Ausrufung der Republik führen.
Weimarer Verfassung	1919 verabschiedete Verfassung, die Deutschland zu einer parlamentarischen Republik mit einer starken Stellung des Reichspräsidenten und einem ursprünglich vom Vertrauen des Reichstages abhängigen Reichskanzler macht. Dieser kann jedoch, nur gestützt auf den Reichspräsidenten, auch ohne Zustimmung des Parlaments mit Hilfe von Notverordnungen regieren.
Inflation	Geldentwertung durch Vermehrung der umlaufenden Geldmenge ohne entsprechende Steigerung des Güterangebots, was zu Preissteigerungen führt.
Hitlerputsch 1923	Versuch Hitlers und seiner Anhänger, die Reichsregierung durch einen „Marsch auf Berlin“ zu stürzen, was noch in München an der bayerischen Landespolizei scheitert.

Große Revolutionen

	Französische Revolution 1789	Russische Revolution 1917
bürgerliche Phase	<p>Übernahme der Macht durch die Nationalversammlung:</p> <p>Abschaffung der Adelsprivilegien</p> <p>Verabschiedung einer Verfassung = Einschränkung der Macht des Königs</p>	<p>März: Sturz des Zaren</p> <p>Errichtung der Republik unter einer bürgerlichen Regierung</p> <p>Fortsetzung des Krieges an der Seite der Entente</p>
proletarische Phase	<p>Hinrichtung Ludwigs XVI.</p> <p>Errichtung der Republik</p> <p>Radikalisierung, „terreur“</p> <p>Sturz Robespierres</p>	<p>Oktober: Machtübernahme durch die Bolschewiki unter Lenin</p> <p>Ermordung des Zaren</p> <p>Friedensschluss mit den Mittelmächten</p> <p>Verteilung von Land an die Bauern</p> <p>Bürgerkrieg</p>
Ergebnis	<p>Direktorium, dann Kaisertum Napoleons:</p> <p>Mischung aus Beibehaltung revolutionärer Errungenschaften und Restauration</p>	<p>völliger Umbau der Gesellschaft: Sozialismus/Kommunismus</p>